

EICHWALDER BÜRGERINITIATIVE FÜR FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT,  
c./o. Stubenrauchstr.71, 15732 Eichwalde,  
INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF (IGAS),  
c./o. Postfach 18, 15732 Eichwalde,  
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,  
c./o. Dahlenstieg 40, 15732 Schulzendorf

Eichwalde/Schulzendorf, am 19.Juli 2017  
Az.: Io + EG

Landtag Brandenburg  
- Präsidentin -  
Frau Britta Starck  
Alter Markt 1  
14467 P o t s d a m

P o l i t i k e r - B r i e f vom 4.April 2017  
an alle Legislativen und Exekutiven der BER-Eigner  
zur Umsetzung europäischen Rechts bezogen auf das BER-Projekt  
i.Vbdg. mit der Co-Finanzierung durch Haushalte über den MAWV  
und daraus resultierenden Folgen für das Berliner Flughafensystem;  
B e s c h w e r d e gegen die Art der "Bearbeitung" im Petitionsausschuß  
und F o r d e r u n g der Behandlung in einer Sondersitzung  
des Landtages unter Anhörung unabhängiger Fachleute

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Art der Bearbeitung des vorgen. Politiker-Briefes im Landtag Branden-  
burg, welche uns mit Schreiben des Vorsitzenden des Petitionsausschus-  
ses, Herrn Henryk Wichmann, vom 12.Juli 2017 verdeutlicht wurde, hat uns  
entsetzt und empört ( A n l. 1 ).

Bereits die Behandlung dieser Ausarbeitung im Petitionsausschuß erachten  
wir als externe technokratische Fehlentscheidung, da dieser aufgrund von  
Komplexität wie Umfang der Problematik überfordert sein muß.  
Dies hätte allerdings dessen Vorsitzender erkennen und dementsprechend  
handeln müssen, zumal allein das Land Brandenburg planfeststellungsbefugt  
ist und damit bezüglich der Schlußfolgerungen aus dem Politikerbrief be-  
sondere Verantwortung trägt.

Wir haben deshalb gegen die darin zum Ausdruck gebrachte Unterschätzung  
der Bedeutung dieser Ausarbeitung für das Berliner Luftverkehrssystem  
und die offenkundig gewordene Ignorierung geltenden Rechts, sofern es  
von BER-Projekt-Kritikern angeführt wird, erkennbar durch die Ablehnung  
jeder Art des Tätigwerdens und damit der Ablehnung weiterer Bearbeitung,  
bereits mit Schreiben vom 17.Juli 2017 an den Petitionsausschuß Wider -  
spruch erhoben und eine Behandlung im Landtag gefordert ( A n l. 2 ).

Dieses Schreiben offenbart gleichzeitig ein nicht hinnehmbares "Demokratieverständnis" und einen nicht hinnehmbaren Umgang mit Arbeitsergebnissen von Bürgerinitiativen, welche in der Mißachtung freiwilliger gesellschaftlicher Arbeit und der damit befaßten Bürger besteht, welche hierfür viel Kraft, Zeit und Kosten aufwandten.

Aufgrund der Anerkennung der Arbeit in weiten Kreisen des Abgeordnetenhauses von Berlin i.S. der Offenhaltung von Tegel TXL bis hin zu selbst von Bundesverkehrsminister Dobrindt mitgetragenen Überlegungen zum erforderlichen Überdenken der bisherigen Berliner Luftverkehrsplanung sowie der immensen Bedeutung dieses größten Infrastrukturprojektes für die Region legen wir hiermit **B e s c h w e r d e** gegen diese Art der "Bearbeitung" ein und erheben gleichzeitig die **F o r d e r u n g** der Behandlung des Politiker-Briefes in einer **S o n d e r s i t z u n g** des Landtages unter **E i n b e z i e h u n g** unabhängiger Fachleute.

Dies auch deshalb, weil **a u c h** unsere Auffassungen zu Altanschließer-Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes entgegen Positionen der Landesregierung, zuletzt dargelegt durch das Interview des Ministers der Justiz und für Europaangelegenheiten Stefan Ludwig (vgl. MAZ-Interview vom 17. Juli 2017, Seite 15), inzwischen bereits durch sechs Landgerichts-Urteile aus Frankfurt/Oder bzw. Cottbus bestätigt wurden, indem auch Altanschließern, welche widerspruchs zahlten, die Beitragsrückerstattung zugesprochen wurde (vgl. **A n l. 3**, LAUSITZER RUNDSCHAU vom 7. Juli 2017). Diese Landgerichts-Urteile mit Bezug auf das **Staatshaftungsrecht** sehen wir gegenüber Verwaltungsgerichts-Urteilen in von Altanschließern eingeleiteten Verfahren als **p r i o r i t ä r** an.

Gleichzeitig erheben wir aus vorgen. Gründen an den Landtag die **F o r d e r u n g**, den Minister für Inneres und Kommunales Schröter zu beauftragen, den MAWV wegen sittenwidriger Mehrfacherhebung seiner Investitionskosten nach Beitritt sowohl durch Gebühren als auch durch Beiträge, welche jeweils infolge Verletzungen von EU-Recht überhöht waren, zur Beitrags-Rückzahlung **a n a l l e** Altanschließer zu beauftragen und diese durch zinslose Kredite abzusichern, da die Unkosten staatlicher Rechtsverletzungen nicht auf die davon Betroffenen umgelegt werden dürfen.

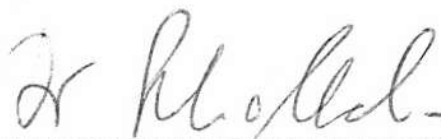
**Aufgrund der Entwicklung des Luftverkehrs fordert die Fluggesellschaft Ryanair inzwischen bereits einen dritten Flughafen für Berlin !**

Ihrer Antwort sehen wir mit großem Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen



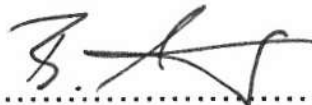
Dr. G. Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,  
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT



Dr. D. Schallehn, Sprecher,  
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT  
GEGEN FLUGLÄRM



R. Bolduan, Sprecher,  
INTERESSENGEMEINSCHAFT ALTANSCHLIESSER SCHULZENDORF ( IGAS )



B. Klubescheid, Sprecher,

3 A n l a g e n